

AUSSENANSICHT

Die Mittelschicht in der Krise

Über Jahrzehnte bildete eine materiell gesicherte Klasse den Kern Europas. Nun wird sie an den Rand gedrängt – eine gefährliche Entwicklung. *Von Steffen Mau*

Mit der Krise des Kapitalismus ist auch die Mittelschicht in die Krise geraten. Die Banken-, Verschuldungs- und Euro-Krise bringt ihren Wohlstand in Gefahr – und auch ihre gewohnte Sicherheit. In Spanien endet für viele Durchschnittsbürger der Traum vom Eigenheim mit der Zwangsäumung; griechische Angestellte horten ihre Euros daheim. Italiener sehen sich vor eine alternative Deregulierung gestellt, viele Franzosen und Deutsche fürchten, dass sie bald weniger Geld als heute zur Verfügung haben werden. Neue Gefahren und Unwägbarkeiten drohen. Die Mittelschicht in Europa reagiert zunehmend irritiert.

Bislang funktionierte die Verbindung zwischen Mittelschicht und kapitalistischer Wirtschaftsverfassung hervorragend. In Europa war diese Mittelschicht über Jahrzehnte hinweg ein wichtiger Profiteur der Wirtschafts- und Wachstumsdynamik. Die demokratische Verfassung der westeuropäischen Länder zügelte die Kräfte des Marktes und sorgte für eine ausgeglichene Verteilung des Wohlstands. Die Mittelschicht wuchs in der Nachkriegszeit, sie umfasste bald nicht mehr nur das traditionelle Bürgertum. Die Klassegegensätze schwächten sich ab; Arbeit und Kapital standen sich nicht mehr grundsätzlich feindlich gegenüber.

Die Mittelschicht war in diesem Arrangement die Zone des Interessenausgleichs; sie wurde zur materiell gut gestellten Mehr-

heitsklasse, ihr Kern war die leistungsbe- reite Arbeitnehmerschaft. Gleichzeitig wurde sie zum Dreh- und Angelpunkt des demokratischen Parteienwettbewerbs. Wahlen wurden in der Mitte entschieden, und so drängelten sich die Parteien dort; sie übertrumpften sich mit Angeboten für diese mächtige Gruppe.

In vielen europäischen Ländern verliert nun diese Mittelschicht, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch. Ihre Interessen stehen nicht mehr im Mittelpunkt der Politik, dort steht nun die hohe Verschuldung der Staaten, die Rettung der Währung, die Beruhigung der Märkte. Die Mittelschicht wird tendenziell entmachtet: von Rating-Agenturen und „den Anlegern“, von Stimmungsschwankungen auf dem Börsenparkett. Das Renteneintrittsalter wird nicht mehr über einen innergesellschaftlichen Willensbildungsprozess bestimmt, sondern durch den Halbsatz einer Pressemitteilung einer Rating-Agentur. Auf einmal fallen die Entscheidungen zur Rentenhöhe und zum Arbeitsmarkt, über die Leistungen öffentlicher Versorgung

oder zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen jenseits der klassischen politischen Arenen. Nicht die Gesellschaft als Ganzes bestimmt über Richtung und Inhalt der Politik, sondern die Gläubiger eines Landes – allen voran also wohlhabende Investoren diesseits und jenseits der Grenzen.

Das durch diese Entwicklungen ausgelöste Demokratieproblem ist weitaus größer als das der politischen Kompetenzver-

Mittelschichtler sind Angestellte, aber auch Aktionäre. Das macht ihre Interessen uneindeutig

lagerung nach Europa. Wo einst die Bedürfnisse der breiten Mitte den politischen Betrieb zentrierten, ist die Politik nun hin- und hergerissen zwischen global beweglichen Finanzströmen- und -akteuren und der nationalen Wählerschaft. Sie oszilliert immer stärker zwischen marktaffiner Technokratie (die keine Wähler braucht) und verunsicherter Wählerschaft. Die Poli-

tik schwankt zunehmend zwischen Technokratiegläubigkeit und Populismus – beides sind gefährliche Entwicklungen, die das Wesen der liberalen Demokratie unterhöhlen. Europäische Länder drohen an den Rand der Unregierbarkeit zu geraten.

Und die Mittelschicht? Ihre Rolle bleibt ambivalent. Einerseits haben viele Bürger das neoliberale Projekt bejaht – es entsprach ihrem Leistungscredo, es misstrauete dem allverantwortlichen Staat, wie sie das auch taten. Andererseits steigt in der Krise auch die Staatsbedürftigkeit der breiten Mittelschicht. Für viele aus dieser Mittelschicht ist Sicherheit nicht ohne Weiteres am Markt zu erlangen. Sie gehören nicht zu den Happy Few, den wenigen Glücklichen, deren Lebenswohlstand von den Fährnissen instabiler Märkte kaum berührt wird. Sei es im Bereich der Bildung, der sozialen Sicherheit oder am Arbeitsmarkt – ohne staatlichen Schutz und die Bereitstellung öffentlicher Güter wäre die Mittelschicht weit schlechter dran.

Daher muss es in ihrem Interesse sein, die Handlungsfähigkeit der Politik wieder

zu stärken. Sie muss, will sie sich ihrer politischen Entmachtung entgegenstellen, den Fiskalstaat wieder auf solidere Füße stellen. Eine derzeit populäre Stellschraube ist die Ausgabe Seite. Doch die Politik muss auch die Einnahmen des Staates erhöhen – und die Mittelschicht täte gut daran, dieses Ziel zu unterstützen. Immerhin stehen sich in Europa privater Reichtum und öffentliche Armut in bislang unbekanntem Ausmaß gegenüber; selbst in Krisenländern wie Italien oder Irland ist das durchschnittliche Privatvermögen hoch.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat die Politik Wohlhabende wohlhabender gemacht, indem sie diese entlastete. Hoheinkommensbezieher, Wohlstandserben und Kapitalanleger haben heute einen deutlich besseren Stand als Anfang der 1990er Jahre. Die Vermögensungleichheit ist doppelt so groß wie die Einkommensungleichheit und wird mit der Vermögensübertragung von einer Generation auf die nächste noch einmal drastisch wachsen. Nicht nur, aber auch deshalb driftete der Staat in die Verschuldung.

Die Mittelschicht steht selbst an der Schwelle zu jenen „begüterten Klassen“, die der amerikanische Ökonom und Soziologe Thorstein Veblen 1899 in seiner „Theorie der feinen Leute“ beschrieb. Dies aber macht die Interessen der heutigen Mittelschicht uneindeutig. Ihre Angehörigen sind nicht nur Arbeitnehmer oder Freiberufler mit mittleren Einkommen. Viele

sind auch Wohnungsbesitzer, Anleger oder Erben – und als solche durchaus skeptisch, was den steuerlichen Zugriff des Staates auf ihre Ressourcen angeht.

Die Frage ist: Setzt die Mittelschicht ihrer politischen Entmachtung etwas entgegen? Wer den Staat aus dem Zangengriff des Marktes befreien will, kommt nicht umhin, auch die Finanzierung des Staates zu sichern. Die Schuldenkrise ist in vielen Ländern Europas auch eine Verteilungskrise. Sie berührt die Steuergerechtigkeit – und in einigen Ländern auch die Steuermoral.

Es wird daher entscheidend sein, ob die Mittelschicht sich dafür einsetzt, die fiskalischen Grundlagen des Staates zu sichern, eigene Beiträge inklusive. Sie muss wissen, was ihr wichtiger ist: Ein schwacher und damit erpressbarer Staat – oder eine funktionierende Demokratie mit gutem öffentlichen Schulsystem, einem Gesundheitswesen für alle, einer sozialen Sicherung, die Menschen in Not auch trägt



Steffen Mau, 44, ist Professor für politische Soziologie an der Universität Bremen. Jüngst erschien im Suhrkamp-Verlag sein Buch „Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?“
FOTO: PRIVAT